

EU-Ausländer sollen zur Bundeswehr

BERLIN Wie muss sich die Bundeswehr ändern, um auf die Konflikte von morgen reagieren zu können? Das neue Weißbuch gibt Antworten, die einigen nicht gefallen. Besonders umstritten sind Bundeswehreinsätze im Landesinneren und die Öffnung der Truppe für EU-Ausländer.

Das Kabinett hat gestern in Berlin die neuen Richtlinien gebilligt, die eine aktivere Rolle Deutschlands in der Welt vorsehen. Darin wird festgehalten: „Deutschlands sicherheitspolitischer Horizont ist global.“ Kritik daran kam nicht nur von der Opposition im Bundestag: Grüne und Linke sehen einen Rückfall in Denkmuster aus der Zeit des Kalten Krieges. Bedenken äußerte auch die SPD, und zwar zur Ausweitung von Bundeswehreinsätzen im Inneren. Dazu soll das Grundge-

setz zwar nicht geändert werden. Allerdings stellt das Weißbuch klar, dass die Bundesregierung den Einsatz von Soldaten bei „terroristischen Großlagen“ für verfassungskonform hält.

.....
„Das neue Weißbuch ist sicherheitspolitisch auf der Höhe der Zeit.“

Hans-Peter Bartels
Wehrbeauftragter

.....
„Soldaten sind keine Hilfspolizisten, das garantiert die SPD“, sagte dagegen die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, Christine Lambrecht. Die Deutsche Polizeigewerkschaft ist ebenfalls nicht einverstanden. Der Vorsitzende Rainer Wendt sprach von einer „Grundgesetzänderung durch

die Hintertür“. Eine weitere Neuerung ist: Die Bundeswehr soll sich für EU-Ausländer öffnen. Bisher dürfen nur Deutsche in Deutschland Soldaten werden. Im Weißbuch heißt es: „Nicht zuletzt böte die Öffnung der Bundeswehr für Bürgerinnen und Bürger der EU nicht nur ein weitreichendes Integrations- und Regenerationspotenzial für personelle Robustheit der Bundeswehr, sondern wäre auch ein starkes Signal für eine europäische Perspektive.“

Der Bundeswehrverband wie auch der CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach lehnen es jedoch ab, die Truppe für EU-Ausländer zu öffnen. „Dieser Vorstoß überrascht“, sagte Bosbach unserer Redaktion. Bislang habe die Union immer die Überzeugung vertreten, dass „das ganz beson-

dere, gegenseitige Treueverhältnis von Staat und Soldaten die deutsche Staatsangehörigkeit für einen Dienst in der Bundeswehr zwingend notwendig macht“, erklärte Bosbach.

Der Wehrbeauftragte des Bundestags, Hans-Peter Bartels, lobte das Werk: „Das neue Weißbuch ist sicherheitspolitisch auf der Höhe der Zeit“, sagte er unserer Zeitung. In dem Dokument spiegle sich „die wachsende Verantwortung Deutschlands gut wider“. Bartels begrüßte, dass die Bundesregierung im Weißbuch ein „klares Bekenntnis zur Europäisierung“ der Streitkräfte ablege: „So machen wir die EU als Akteur neben den USA innerhalb der Nato stärker.“ Zudem sei es richtig, dass künftig auch ausländische EU-Bürger dienen könnten. *ten/bg*